Salzburger Machrichten

MITTWOCH, 5. NOVEMBER 2025 // NR. 256, 81. JG // € 3,80

SEIT 80 JAHREN UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Salzburg wird zum Pflege-Fall

SALZBURG. In Salzburg findet am Mittwoch eine erste Demonstration gegen die Sparpläne der Landesregierung im Pflegebereich statt. Um 16 Uhr startet der Protestmarsch. Davor beraten sich alle Betriebsrätinnen und Betriebsräte des Gesundheitssektors über weitere Maßnahmen. "Wir wollen dafür eine gemeinsame Linie finden", sagt Sabine Gabath, Zentralbetriebsrätin der Salzburger Landeskliniken.

Konkret protestieren die Pflegekräfte gegen die geplante Streichung des Pflegebonus: Dieser sogenannte Entgeltzuschuss kommt aus dem Pflegefonds des Bundes. Da es dafür keine Zweckwidmung gibt, wird das Land Salzburg das Geld ab 2026 anderweitig verwenden. Betroffen von band der Seniorenwohnheime der Kürzung sind alle Personen, die in Pflege und Betreuung tätig sind. Das Land will mit der Maßnahme 19 Millionen Euro sparen.

In den vergangenen Tagen wurde bekannt, dass die Landesregierung weitere sechs Millionen Euro im Sozialbereich einsparen will: Dazu soll ein Gesetz beschlossen werden, das die gesetzliche Valorisierung der Tarife für Pflege- und Seniorenheime und in der mobilen Pflege deckelt. Dabei hatten die Gemeinden seit Monaten höhere Tarife für die Seniorenwohnheime gefordert. An der Forderung will man auch weiter festhalten, sagt Gemeindeverbandspräsident Manfred Sampl. Unabhängig von der geringeren Valorisierung fordere man weiter eine Erhöhung der Tagsätze von acht bis zehn Euro. Der Dachverrief in einem Schreiben dazu auf, die Landesregierung mit den Mängeln in dem Bereich zu konfrontieren. **Lokalteil**

Knappe Mehrheit will einen längeren Grundwehrdienst

WIEN. Das Verteidigungsministerium präsentierte die Ergebnisse seiner jährlichen Befragung. Demnach Ende des Jahres vorliegen soll. findet eine knappe Mehrheit, dass Die Frage, ob sie Österreich mit der Grundwehrdienst zu kurz ist. 41 Prozent sind hingegen der Meinung, dass die Wehrpflicht lang zent der wehrfähigen männligenug ist. Die Regierung wartet bei chen Staatsbürger mit Ja. Seite 4

diesem Thema auf das Ergebnis der Expertenkommission, das der Waffe verteidigen würden, beantworteten übrigens 43 Pro-



Väterkarenz stagniert in Salzburg

In Österreich ist der Anteil an Vätern, die Elternkarenz Ende; Gründe für die geringe Beteiligung sind laut in Anspruch nehmen, im internationalen Vergleich sehr niedrig und sinkt sogar – für das Geburtenjahr 2021 nutzten nur 16,6 Prozent der zuvor berufstätigen Väter diese Möglichkeit. Zwischen den Bundesländern gibt es große Unterschiede, wobei Wien mit fast 19 Prozent vorn liegt und Salzburg mit gut 11 Prozent am unteren

Experten beruflicher Druck, finanzielle Hürden und gesellschaftliche Vorurteile. Die Bundesregierung plant Maßnahmen zur Stärkung der Väterbeteiligung, während die SPÖ mit einer eigenen Umfrage und Kampagne die Beweggründe der Männer erheben und mehr Bewusstsein schaffen will. Seite 2

Für die grüne Wende braucht es mehr Verlässlichkeit

Aufschnüren, abschwächen, absagen: Diese neue Devise der Umweltpolitik schmälert die Akzeptanz der Bürger und schadet der Wirtschaft.



Thomas SendIhofer

Wie ambitioniert geht die Europäische Union in die kommende Woche beginnende Weltklimakonferenz in Belém? Mit der Beantwortung dieser Frage haben sich die Mitgliedsstaaten so lange wie möglich Zeit gelassen. Die Umweltministerinnen und Umweltminister sind am Dienstag in Brüssel eigens zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um sich doch noch auf ein verbindliches Ziel für die Reduktion des Treibhausgasausstoßes bis 2035 festzulegen. Das ist die Grundlage, mit der die EU-27 die Verhandlungen bei der COP in Brasilien in Angriff nehmen.

Dabei ist die Frist, die die Vereinten Nationen dafür gesetzt haben, längst verstrichen. Die Unentschlossenheit verdeutlicht den Sinneswandel, der rund um die EU-Wahl im Juni 2024 begonnen hat. Aufschnüren, abschwächen, absagen: So scheint die neue Devise in der Umwelt- und Klimapolitik zu lauten.

Beispiele dafür gibt es mittlerweile zur Genüge. Parlamentarier versprechen eigenmächtig das Aus für das bereits beschlossene Verbot neuer Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2035. Das Inkrafttreten der Entwaldungsverordnung soll – mit tatkräftiger Unterstützung Österreichs – weiter aufgeschoben werden, am liebsten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Auch beim ebenso umstrittenen Lieferkettengesetz, das Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen außer-

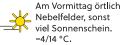
halb der EU bekämpfen soll, gibt es Pläne für nachträgliche Korrekturen.

Weniger Bürokratie, mehr Wettbewerbsfähigkeit: Das sind die Schlagworte, die am häufigsten als Rechtfertigung fallen, wenn unpopuläre Vorschriften verwässert werden sollen. Dabei sollten sich die Politikerinnen und Politiker ihrer Verantwortung bewusst sein: Das ständige Rütteln an EU-Gesetzen, die sie selbst mitverhandelt haben, trägt weder zur Akzeptanz unter den Bürgerinnen und Bürgern bei noch hilft es der Wirtschaft, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Die Unternehmen benötigen vor allem bei langfristigen Vorhaben und dazu zählt die grüne Wende - die Gewissheit, dass die dafür festgelegten Regeln Bestand haben.

Was passiert, wenn die Industrie keine Planungssicherheit hat, lässt sich ausgerechnet im für Deutschland und Österreich so wichtigen Automobilsektor beobachten. Während in Europa weiter darum gestritten wird, welcher Antriebsart die Zukunft gehören soll, sind andernorts die Würfel längst gefallen: Die Elektroautos der chinesischen Konkurrenten fahren jenen der europäischen Hersteller längst davon.

THOMAS.SENDLHOFER@SN.AT

Wetter



SALZBURG

Wildschweine breiten sich im Land aus

Weil sie für Schäden in der Landwirtschaft sorgen, soll die Jagd auf

GELD

Erst Betrugsopfer, jetzt **Polizist und Finfluencer**

Statt mit einer Kryptowährung reich zu werden, verlor Philipp Genduth sein Erspartes. Vom Lehrgeld profitierte er dennoch. Seite 11

Zitat des Tages Seite 9

"Ich glaube, man muss über alles lachen können, vor allem auch über sich selbst."

Thomas Gansch, Trompeter